

- 2. JAN. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVII/260

Bonn, den 29. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Bewährungsprobe</u> ----- Aufgaben für die deutsche Politik Von G. Markscheffel	30
2 - 3	<u>Lenke - Mann des Ausgleichs ?</u> ----- Zum bevorstehenden Ministerpräsidentenwechsel in Schleswig-Holstein	66
4 - 7	<u>"Afrikanischer Sozialismus"</u> ----- Werden und Wirken einer neuen Gesellschaft Interview mit Dr. Heinrich Deist, MdB	169
7	<u>Zehn Jahre wieder DEUTSCHE LUFTHANSA</u> ----- Ein doppeltes Jubiläum.	21

Chefredakteur Günter Markscheffel

- 1 -
Bewährungsprobe

Aufgaben für die deutsche Politik

Von G. Markscheffel

Das neue Jahr stellt die Bundesrepublik, ausgelöst besonders durch die letzten Ereignisse im Jahre 1962, vor zwei Aufgaben, die uns niemand abnehmen kann.

- * 1. Wir müssen trotz aller Enttäuschungen und trotz des scharfen Briefes Chruschtschows an Adenauer weiterhin bemüht bleiben, die dünnen Fäden friedlicher Beziehungen zum Osten nicht abreißen zu lassen.
- * * * * *
- * 2. Es ist eine zwingende Notwendigkeit, unseren Freunden in aller Welt begreiflich zu machen, daß die deutsch-französische Aussöhnung weder ein Hindernis für eine weitere greifende Europapolitik und noch weniger ein Hindernis für die Geschlossenheit des Westens ist.
- * * * * *

Beide Aufgaben ergänzen sich einander. Sie sind Teil einer deutschen Politik zur Erhaltung der nationalen Existenz unseres Volkes; gleichzeitig aber auch ein deutscher Beitrag zur Sicherung des Friedens.

Beide Aufgaben werden wir nur erfüllen können, wenn wir hier im freien Teil Deutschlands ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit entwickeln. In Ost und West soll man gleichermassen wissen, daß wir aus freiem Willensentschluß an dem großen Werk der notwendigen Entspannung zwischen den beiden Machtblöcken mitarbeiten wollen.

Kein Opfer sollte uns zur Bewältigung dieser Aufgaben zu groß sein. Wenn es nicht gelingt, sie zu lösen, dann nützen uns hier in der Bundesrepublik weder unser Stolz auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch, noch unsere Sympathien, die wir als Volk des freien Teiles Deutschlands bei vielen Völkern in der Welt wieder gewonnen haben.

Im Rahmen dieser Überlegungen muß sich die deutsche Politik bewegen, wenn unser Volk vor sich selbst bestehen soll und die Bewährungsprobe, die man ihm zutraut, meistern will.

Lenke - Mann des Ausgleichs ?

Zum bevorstehenden Ministerpräsidentenwechsel
in Schleswig-Holstein

sp - Wenn alles glatt geht, wird Schleswig-Holsteins Landtag am 7. Januar den Innenminister Dr. Helmut Lenke (CDU) zum neuen Ministerpräsidenten des nördlichsten Bundeslandes wählen. Zwei Tage vor dem Heiligen Abend hat die CDU-Fraktion Lenke mit einer größeren Mehrheit als neuen Regierungschef vorgeschlagen. Die Entscheidung fiel jedoch erst, nachdem vorher die anderen Bewerber, Finanzminister Dr. Schlegelberger, Landtagspräsident Claus-Joachim von Heydebreck und Bundestagsabgeordneter und Bauernführer Detlef Struve, verzichtet hatten.

Zweifellos wird es unter Helmut Lenke in Schleswig-Holstein künftig nicht mehr die überaus scharfen Auseinandersetzungen geben, die der exponierte Parteipolitiker Kai-Uwe von Hassel seit Jahren in die Landespolitik trug. Lenke gilt als Mann des Ausgleichs, der auch zu den Sozialdemokraten ständig Kontakte gehalten hat. Es ist zu erwarten, daß in seinem Kabinett die moderne und wenig doktrinaire CDU-Richtung, angeführt von den Ministern Schlegelberger und Osterloh und möglicherweise im Bunde mit dem neuen Landwirtschaftsminister Engelbrecht-Greve die Oberhand bekommt.

Auf einem anderen Blatt steht natürlich, ob es dem neuen Verteidigungsminister von Hassel möglich sein wird, seine Hände in Schleswig-Holstein im politischen Spiel zu halten und, wenn es Not tut, seine Freunde auf eine von ihm geprägte Linie auf Vordermann zu bringen. Schließlich nimmt er ja seinen Einfluß bei den Koalitionsverhandlungen mit der FDP als scharfer Gegner einer großen Koalition bis zuletzt wahr. Weiter will er bis zur Bundestagswahl 1965 sein Landtagsmandat im Kieler Parlament beibehalten und in der nächsten Zeit auch noch als Landesvorsitzender der CDU fungieren.

Welche Probleme hat nun der neue Regierungschef von Schleswig-Holstein, Dr. Helmut Lenke, zu lösen? Da wäre zuerst zu wünschen, daß

er sich persönlich ausdrücklich und betont zum freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat bekennt und allen nationalsozialistischen Tendenzen eine ausdrückliche Absage erteilt. Er war schließlich einmal im '3. Reich' expatriierter Bürgermeister in Schleswig und Eckernförde und es wird an ihm liegen, überzeugend darzustellen, daß er nicht nur mit formaljuristischen Dingen die Vorstellung abtragen will, Schleswig-Holstein sei ein Land, in dem man "nicht so genau hinsieht."

Daneben wird er das Vertrauen zu seinem Koalitionspartner, der FDP, wieder herstellen müssen, nachdem unter Kai-Uwe von Hassel die kleine Koalition zerbrach, weil er der FDP nicht zwei volle Ministerien zu geben vermochte. Darüber hinaus sind seit 1954 unter der Amtstätigkeit Kai-Uwe von Hassels bis auf die FDP alle bürgerlichen Parteien rechts der CDU, wie DF, BHE, GDP und SHB in Koalition und Parlament verschlissen worden. Die GDP klagt gerade jetzt in Karlsruhe wegen der Chancenbenachteiligung bei der letzten Wahl. Es gilt also, Vertrauen und Toleranz auch mit den nicht mehr im Parlament vertretenen Parteien herzustellen.

Auch wird das nördliche Bundesland zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder einen Haushalt bekommen, der ein Defizit ausweist. Dieses Defizit kann aber mit konstruktiven Elementen versehen werden, wenn man die Mittel gezielt verteilt und sich von einer öden Aufstockung aller Kosten abwendet. Kurz gesagt: Es wäre gut, wenn Lenke der Etatvorstellungen von Finanzminister Dr. Schlegelberger entgegenkäme, denn dann würde der Haushalt möglicherweise mit den Stimmen aller Parteien, auch mit denen der Sozialdemokraten, über die Bühne gehen können.

Schließlich liegt Schleswig-Holstein nach wie vor in vielen Bereichen an Ende der Bundesländer. Das Volkseinkommen, die Steuereinnahmen und die Spareinlagen sind dort beispielsweise am Geringsten. Dem bisher so stark herausgearbeiteten landwirtschaftlichen Element muß die industrielle Komponente hinzugefügt werden, damit das Land im Norden am Rande des EWG-Raumes jene finanziellen Impulse bekommt, die den Wohlstand der Bürger schneller nachziehen lassen. - Aber möglicherweise wird die Lösung dieser Probleme einer großen Koalition mit den Sozialdemokraten vorbehalten sein, die schon vor Mitte der Legislaturperiode in Schleswig-Holstein eintreten könnte. Hier aber wird sich schon zeigen, wie weit Dr. Lenke sich vom Einfluß des von Hassel freimachen und eigene neue Vorstellungen in die Landespolitik einführen kann.

"Afrikanischer Sozialismus"

Werden und Wirken einer neuen Gesellschaft
Interview mit Dr. Heinrich Deist, MdB

Frage: Herr Dr. Deist, Anfang Dezember 1962 hat in Dakar, der Hauptstadt Senegals, eine Konferenz stattgefunden, zu der der Staatspräsident von Senegal, Professor Senghor, eingeladen hatte und an der zahlreiche Politiker Afrikas und europäische Sozialisten teilgenommen haben. Sie waren dort zusammen mit Ihrem Freund, Professor Carlo Schimid, und haben, wie wir hörten, interessante Gespräche über die Zusammenhänge zwischen dem, was man heute den "Afrikanischen Sozialismus" nennt und dem Werden sowie der gegenwärtigen Position des freiheitlichen Sozialismus in Europa geführt. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns Ihre in Dakar gewonnenen Eindrücke schildern würden.

Dr. Deist: Es war eine bedeutsame Konferenz, deren Einberufung dem Präsidenten der Republik Senegal, Senghor, zu verdanken ist. An ihr haben die Vertreter von mehr als zwanzig afrikanischen Staaten teilgenommen - und zwar sehr repräsentative Persönlichkeiten, Ministerpräsidenten, Planungsminister und andere verantwortliche Staatsmänner. Es waren sowohl junge Republiken Afrikas aus dem früheren Einflußbereich Großbritanniens und Frankreichs vertreten. Die früheren Kolonialgrenzen spielten keine Rolle; es fand vielmehr eine sehr aufschlußreiche Aussprache auch zwischen den englisch- und französischsprachigen Vertretern Afrikas statt.

Frage: Welches, Herr Dr. Deist, waren während der Tagung in Dakar diejenigen Themen, an denen sich die afrikanischen und auch die europäischen Politiker am intensivsten beteiligten?

Dr. Deist: Das Grundthema war: Welche Wege gibt es in Afrika zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsformen, die wir als sozialistisch bezeichnen können? Infolgedessen gab es eine sehr weit gespannte Debatte, die sich sowohl mit theoretischen Fragen des Sozialismus als auch mit Problemen der Praxis befasste. Der beherrschende Eindruck war, daß die afrikanischen Politiker die Gestaltung ihrer Länder sehr realistisch sehen. Es wurde sehr ernsthaft erörtert, wie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der afrikanischen Länder beschleunigt vorangetrieben werden kann. Das Ziel ist Beseitigung der Armut und Unwissenheit. Die afrikanischen Menschen sollen genauso selbstbewußt werden wie es ihre führenden Männer bereits sind. Das ist es, was auch wir unter Sozialismus verstehen: Freiheit und Gerechtigkeit. Aber alles dies auch sehr praktisch geschehen und mit der Überlegung, was heute auf diesem Gebiet in Afrika zu tun ist. Dabei geht es um die Afrikaner im Busch, um Menschen, die sich in ihrem Fühlen und Denken wesentlich von den Europäern unterscheiden, um Grundlagen allen Lebens, die zum großen Teil durch den Islam bestimmt sind.

Frage: Wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Dr. Deist, hat man nicht nur, wie häufig bei ähnlichen Konferenzen, über die Fragen der materiellen Entwicklungshilfe debattiert, sondern sich vor allem für die Probleme der neuen werdenden Gesellschaft in den unabhängigen afrikanischen Staaten interessiert. Was ist nun dabei in den Vordergrund getreten?

Dr. Deist: Es war nur natürlich, daß die Hebung des Lebensstandards und sonstige ökonomische Fragen eine große Rolle spielten. Aber es war

Überraschend - und zwar abweichend von den Erfahrungen, die ich bisher zum Beispiel in Asien oder in Südafrika machen konnte - daß sich die afrikanischen Politiker bewußt sind, wie stark die ökonomische Umgestaltung auch die bestehenden gesellschaftlichen Grundlagen des Lebens der Afrikaner berührt.

Das Leben in Afrika beruht, wie zumeist bei Völkern dieses Entwicklungsstandes, auf der Familien- und Sippengemeinschaft. Was wir in Europa an gesellschaftlichen Gruppen, also an Verbänden, Vereinigungen, Gemeinden und Staat kennen, gibt es in Afrika nicht. Das Leben vollzieht sich im Rahmen der Familie, der Stammeszugehörigkeit und der Religionsgemeinschaften. So ergibt sich eine gesellschaftliche Struktur, die völlig verschieden von der unseren ist. Über den Rahmen des Stammes hinaus gibt es keine Formen des Zusammenlebens, die nation- oder staatsbildend wirken könnten. Daraus ergeben sich die besonderen Probleme für die afrikanischen Politiker, die sich bewußt sind, daß zu einem gesunden Leben der Menschen eine gesunde soziale Gesamtstruktur gehört, und infolgedessen für eine moderne Wirtschaft auch entsprechend soziale Voraussetzungen entwickelt werden müssen.

Frage: Aus diesen Bemerkungen ersehen wir, Herr Dr. Deist, daß die afrikanischen Politiker sich auch Sorgen machen in bezug auf eine vielleicht zu schnelle industrielle Entwicklung, die möglicherweise nicht mit den gesellschaftlichen Strukturveränderungen Schritt hält. Hat man über dieses Problem auf der Konferenz in Dakar ebenfalls gesprochen?

Dr. Deist: Immer wieder kam zum Ausdruck, daß eine gesunde, wirtschaftliche Entwicklung organisch auf dem aufbauen muß, was an wirtschaftlichen Grundlagen im Lande vorhanden ist. Afrika ist reich an agrarischen und gewerblichen Rohstoffen. Die Probleme der Agrarstruktur wurden weitgehend behandelt, und zwar unter zweierlei Gesichtspunkten. Erstens haben wir in vielen Ländern eine Monokultur, das heißt, es wird nur ein agrarisches Erzeugnis in großem Umfang angepflanzt. Zum Beispiel hat der Erdaußenaufbau eine zentrale Bedeutung für die senegalesische Wirtschaft. Hieraus erklärt sich das Bestreben, die Basis zu verbreitern und die Abhängigkeit von der Verwertung eines Rohstoffes zu beseitigen. Außerdem war ich überrascht, wie stark alle Überlegungen für eine Industrialisierung auf diesen Gegebenheiten aufbauen. Das Interesse an einer Verarbeitung und Vermarktung der Agrarerzeugnisse steht im Vordergrund. In Senegal spielt auch die Tintenfischerei eine große Rolle. Zur Zeit bemüht man sich, sie wirtschaftlicher zu gestalten und auszubauen. In Afrika hat man ganz allgemein den Eindruck, daß die Politiker wissen, wie wichtig es ist, auf den gegebenen Voraussetzungen organisch aufzubauen. Hinzu kommt die sogenannte Infrastruktur, das heißt, der Bau von Strassen, von Krankenhäusern, von Schulen. Aber es steht nicht etwa der Bau von großen repräsentativen Stahlwerken, Kraftwerken und dergleichen mehr im Vordergrund.

Frage: In der Bundesrepublik denkt man häufig, daß der Begriff "Entwicklungshilfe" untrennbar ist mit einigen großen und spektakulären Unternehmungen, die an sich notwendig sind, die aber in der weiteren Folge der Entwicklung der afrikanischen Gesellschaft auch einige Sorgen mit sich bringen. Zum Beispiel die Entwurzelung der an das Landleben gewöhnten Bevölkerung, die in die Industrien einbezogen wird. Hat nun während der Konferenz in Dakar der Wunsch bestanden, die von den Europäern auch zu Beginn ihrer eigenen Industrialisierung gemachten Erfahrungen mit einzubringen in das Entstehen einer neuen, modernen Gesellschaft in Afrika?

Dr. Deist: Die Afrikaner, die wir auf der Konferenz kennenlernten, sind sehr kluge und intelligente Männer, die viel gelesen und studiert haben. Sie kennen auch die Geschichte der Industrialisierung in Europa,

die schweren sozialen Auseinandersetzungen, die durch sie insbesondere im Laufe des vergangenen Jahrhunderts heraufbeschworen wurden, und sie wissen ebenfalls, was die Macht wirtschaftlicher Großunternehmen selbst für moderne Großstaaten, geschweige denn für junge, noch nicht gefestigte Staaten bedeutet. Wenn sie sich zu einem afrikanischen Sozialismus bekennen, dann kommt darin zum Ausdruck, daß sie solche schweren sozialen Schäden vermeiden wollen, um zu einer gesünderen wirtschaftlichen und sozialen Struktur zu kommen. Das ist besonders deshalb wichtig, weil die Völker der Entwicklungsländer ja nicht wie wir über hundert Jahre Zeit haben, um diesen Industrialisierungsprozeß durchzumachen; sie müssen ihn in zwei oder drei Jahrzehnten bewältigen. Alle Schwierigkeiten und Probleme, die im Zuge eines solchen gewaltigen Umgestaltungsprozesses naturgemäß auftreten, kommen daher in einem kurzen Zeitraum auf sie zu. Infolgedessen war sehr stark das Bestreben zu spüren, die afrikanische Wirtschaft zwar möglichst schnell aufzubauen, aber nicht unbedingt zu industrialisieren; zunächst will man nach den gegebenen wirtschaftlichen Voraussetzungen planen, um so einen zügigen, aber doch organischen Entwicklungsprozeß einzuleiten. Diese Überlegungen wurden nicht immer deutlich ausgesprochen; aber sie bestimmten doch sehr stark den allgemeinen Grundton der Debatten.

Frage: Herr Dr. Deist, das ist ein wichtiger politischer Eindruck, den Sie in Dakar gewonnen haben. Läßt sich aus den von den afrikanischen Gesprächspartnern geäußerten Wünschen entnehmen, daß diese bestrebt sind, ihrer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung die Grundlage einer freiheitlichen demokratischen Ordnung zu geben? Oder sind diese Überlegungen noch nicht so klar, wie es gelegentlich in Europa behauptet wird?

Dr. Deist: Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß ziemlich alle afrikanischen Politiker, die in Dakar sprachen, den fanatischen Willen haben, auch in Afrika zu einer Ordnung zu kommen, die auf demokratischen Prinzipien, auf der persönlichen Freiheit und auf Gerechtigkeit beruht. Allerdings darf man nicht vergessen, daß fast alle Voraussetzungen für demokratische Methoden und demokratische Lebensformen, wie wir sie in Europa kennen, auf dem afrikanischen Kontinent ebenso fehlen wie in anderen Entwicklungsgebieten. Deshalb müssen die Formen, mit denen man in Afrika zu demokratischen Lebensgewohnheiten kommen kann, anders sein als in Europa. Darin liegt die Schwierigkeit. Wenn keine ausreichenden Voraussetzungen für eine normale demokratische Meinungsbildung wie sie in den alten Industriestaaten Europas gegeben ist, vorhanden sind, dann entstehen andere Kräfte, die diesen Prozeß der Demokratisierung betreiben. Sie können nicht im Rahmen der traditionellen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere der Familien und Stämme entstehen. Dieser Rahmen ist zu eng; er reicht für die Bildung eines staatlichen und nationalen Bewußtseins nicht aus. Es haben sich hier die nationalen Befreiungsbewegungen gebildet. Sie allein konnten jene Kräfte mobilisieren, die notwendig sind, um eine demokratische Lebensform im politischen Bereich und moderne Arbeitsformen auf ökonomischem Gebiet herbeizuführen. So ist es nur natürlich, daß diese gewaltige Umgestaltung in den Entwicklungsländern jeweils nur von einer ausreichend durchschlagkräftigen Bewegung getragen wird.

Dabei entsteht natürlich die Gefahr, daß die führenden Männer solcher Bewegungen sich nicht nur als Korymben zur Demokratisierung betrachten, und sich daher bewußt bleiben, daß das Übergewicht oder die Alleinherrschaft einer Art Staatspartei ihr Ende finden muß in demokratischen Lebensformen. Sie alle unterliegen der Versuchung der Macht und könnten einmal Freude daran finden, die absolute Einparteierrschaft und damit ihre eigene Macht zu bewahren. Dieser doppelten Versuchung ist offen-

sichtlich der letzte Ministerpräsident des Senegal erlegen. Hinzu kommt, daß von kommunistischer Seite solche diktatorischen Tendenzen, die überall in der Welt vorhanden sind, bewußt gefördert werden.

Hier ist den demokratischen Völkern Europas eine wichtige Aufgabe gestellt, der sie sich um ihrer eigenen Existenz willen nicht entziehen können. Sie dürfen jedoch nicht wie Lehrmeister nach Afrika kommen, um zu zeigen, wie gut sie das alles machen, und daß die Afrikaner nur die europäischen Konzeptionen zu kopieren brauchen. Wir müssen vielmehr helfen, daß die Afrikaner auf der Grundlage ihrer Lebensgewohnheiten und alles dessen, was bei ihnen an gesellschaftlichen Formen vorhanden ist, auf Wegen, die zu ihnen passen, zu demokratischen Lebensformen kommen, wie sie freier Menschen würdig sind.

+ - +

Zehn Jahre wieder DEUTSCHE LUFTHANSA

Ein doppeltes Jubiläum

sp - Die DEUTSCHE LUFTHANSA kann gleich zu Beginn des neuen Jahres - am 6. Januar - ein doppeltes Jubiläum feiern. 1926 schlossen sich in Berlin der "Deutsche Aero Lloyd" mit der Firma "Junkers Luftverkehr" zur DEUTSCHEN LUFTHANSA zusammen. Das war der eigentliche Geburtstag der ersten großen zivilen deutschen Luftfahrtgesellschaft. Vor zehn Jahren, am 6. Januar 1953, entstand aus den Ruinen des Zusammenbruchs die "Aktiengesellschaft für Luftverkehrsbedarf" (LUFTAG), die etwas später den traditionellen Namen LUFTHANSA übernahm. Aber erst im April 1955 konnte das erste deutsche Verkehrsflugzeug zu einem Linienflug starten. Auf einem Streckennetz von etwa 100 000 Kilometern verkehren jetzt 39 Lufthansa-Maschinen und bedienen in fünf Kontinenten 48 Flughäfen in 31 Staaten. Zur Zeit beschäftigt die LUFTHANSA über 12 000 Mitarbeiter.

Die organisatorische und technische Leistung des nach dem Kriege wiedergeborenen Unternehmens verdient deshalb große Beachtung, weil sich gerade der deutsche zivile Luftverkehr - auch in Deutschland selbst - einschränkender Bestimmungen ausgesetzt sah, die auch heute noch ihren Ausdruck finden. Trotzdem hat sich die LUFTHANSA wieder Weltruf erworben. Ihre Leistungen werden allgemein anerkannt; ihre Maschinen, das Flugpersonal und die Sicherheitsorganisation genießen Weltruf.

+ + *